Protokoll

über die Sitzung des Gemeinderates
der Gemeinde Berge am 17.03.2021

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Volker Brandt, Bürgermeister

Mitglieder

Herr Wilhelm Apke, Beigeordneter (I.stellv. Bürgermeister)
Herr Helmut Kamp, Beigeordneter (II. stellv. Bürgermeister)
Herr Andreas Behner, Ratsherr
Herr Felix Elting, Ratsherr
Herr Dimitri Gappel, Ratsherr
Herr Ulrich Heskamp, Ratsherr
Herr Burkhard Hömme, Beigeordneter
Herr Torben Köhle, Ratsherr
Herr Uwe Moormann, Beigeordneter
Herr Eckhard Nichting, Ratsherr
Frau Claudia Plagge, Ratsfrau
Herr Christoph Sievers, Ratsherr
Herr Jörg Wolting, Ratsherr
Frau Petra Wübbe, Ratsfrau

Verwaltung

Verwaltungsfachwirt Thomas Mehmman, Protokollführer

Verhandelt:

Berge, den 17.03.2021,
in der Mensa der Oberschule am Sonnenberg, Am Sonnenberg 5, 49626 Berge

Öffentlicher Teil:

Punkt Ö 1) Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Brandt eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung des Rates. Er begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Ackmann von der Presse und Herrn Mehmman als allgemeinen Vertreter.

Zu Beginn der Sitzung werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Schutzes vor einer Infektion mit dem Corona-Virus in den Gebäuden der Oberschule am Sonnenberg grundsätzlich die Verpflichtung besteht, einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.1)

Punkt Ö 2) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Brandt stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt und der Rat beschlussfähig ist.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.2)

Punkt Ö 3) Feststellung der anwesenden und fehlenden Ratsmitglieder

Bürgermeister Brandt stellt fest, dass die Mitglieder des Rates vollzählig anwesend sind.

Protokollhinweis:

Ratsherr Behner verlässt nach Rücksprache mit Bürgermeister Brandt um 19.50 Uhr die Sitzung des Rates.

Ratsfrau Wübbe verlässt nach Rücksprache mit Bürgermeister Brandt um 20.30 Uhr die Sitzung des Rates.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.2)

Punkt Ö 4) Genehmigung des Protokolls des Rates Nr. 5/2020 vom 09.12.2020

Einwendungen gegen die Form und den Inhalt des Protokolls des Rates Nr. 5/2020 vom 09.12.2020 werden nicht erhoben. Bürgermeister Brandt stellt fest, dass somit das Protokoll des Rates Nr. 5/2020 vom 09.12.2020 genehmigt ist.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.2)

Punkt Ö 5) Bericht des Bürgermeisters

Nach Beschluss zur Priorisierung und Beseitigung von Straßenschäden im Bereich „Holthöchte“ hat der Einweisungstermin mit der beauftragten Firma Garten- und Landschaftsbau Zimmermann GmbH & Co. KG aus Merzen stattgefunden. Die abschließenden Ausbesserungsarbeiten sollen möglichst bis Ostern erledigt sein.

Ferner erfolgte die Auftragsvergabe an die Firma Gebäudeservice Triphaus GmbH & Co. KG für die Instandhaltungsmaßnahmen (Malerarbeiten an der Gemeindeverwaltung Berge), damit die Fenster wieder hergerichtet werden können.

Im Bereich des Ehrenmals in Berge sind diverse Arbeiten durch eine Fachfirma vorgenommen worden. Grund dafür war, dass die vorhandenen Sandsteinsäulen sowie ein auf der Säule installierter Adler abhängig bzw. beschädigt waren. Nach einer etwas längeren Bearbeitungszeit konnten diese aber ordnungsgemäß abgeschlossen werden.

Aufgrund der vorhandenen Corona-Pandemie ist in den jeweiligen Betreuungseinrichtungen nur zeitweise die Notbetreuung möglich. Die Transportkosten sind durch die Gemeinde Berge weiterhin übernommen worden.

Im Bereich des „Sportplatzes“ im Gemeindeteil Grafeld ist das Waldstück

aufgrund einer geförderten Aufforstungsmaßnahme neu bepflanzt worden. Da eine Anwuchsgarantie durch die Lieferfirma ausgesprochen wurde, sind die vertrockneten Anpflanzungen zwischenzeitlich ausgetauscht worden.

Die Westenergie AG (ehemals innogy SE) hat mitgeteilt, dass für das Jahr 2021 wieder ein Klimaschutzpreis in Höhe von 500 € ausgeschrieben wird. Anfang März sind die Vereine und Verbände der Gemeinde Berge über die Auslobung informiert worden, verbunden mit der Bitte, die Projekte bis zum 30.07.2021 einzureichen.

Das Landesraumordnungsprogramm Niedersachens (LROP) soll überarbeitet werden. Der Landkreis Osnabrück, die Samtgemeinde Fürstenau sowie die Mitgliedsgemeinden sind hierüber informiert und die notwendigen Auslegungsunterlagen übermittelt worden. Dem Grunde nach enthält diese beabsichtigte Änderung eine Öffnungsklausel für Windenergieanlagen, die zukünftig auch in Waldgebieten errichtet werden können. Dies ist aus Sicht der Samtgemeinde Fürstenau sowie der Gemeinde Berge der einzig kritische Punkt, so Bürgermeister Brandt. Die Samtgemeinde Fürstenau hat nach Rücksprache nunmehr einen entsprechend kritischen Beschluss gefasst.

Für den Endausbau der Straßen „Im Asterfeld“ und „Auf dem Rohde“ sollen die Anliegerversammlungen am 31.03.2021 in der Mensa der Oberschule am Sonnenberg durchgeführt werden. Aufgrund der Corona-Pandemie können jeweils nur zwei Personen (pro Grundstück) teilnehmen.

In der Gemeinderatssitzung vom 09.12.2020 wurde durch einen Hinweis in der Einwohnerfragestunde erstmals bekannt, dass in der Gemeinde Berge nicht ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen, um den Rechtsanspruch der Eltern für die Betreuung der 3-6 jährigen Kinder ab dem Kindergartenjahr 2021/2020 abdecken zu können. Mittlerweile sind auch politische Entwicklungen eingetreten, so dass sogar darüber nachgedacht wird, eine Kindertagenaußengruppe im Gemeindeteil Grafeld einzurichten. Die Initiative an sich ist von Elternvertretern aus Grafeld eingeleitet worden. Die Gemeinde Berge ist für die Bereitstellung der notwendigen Betreuungsplätze nicht zuständig, sondern die Samtgemeinde Fürstenau muss den gesetzlichen Ansprüchen Rechnung tragen. Eine Entscheidung hierüber wird wohl in der Sitzung des Samtgemeindeausschusses vom 25.03.2021 zu erwarten sein.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.3)

Punkt Ö 6) Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.3)

Punkt Ö 7) Splittungsmaßnahmen der Gemeinde Berge im Jahr 2021 - Beteiligung am Ausschreibungsverfahren der Samtgemeinde Fürstenau Vorlage: BER/003/2021

Seit 2017 wird eine gemeinsame Ausschreibung mit den Samtgemeinden Artland, Bersenbrück, Neuenkirchen und Fürstenau durchgeführt. Eine Änderung erfolgte allerdings ab 2018, wo sich nur noch die Samtgemeinde Neuenkirchen am Ausschreibungsverfahren der Samtgemeinde Fürstenau beteiligt hat. Laut Aussage von Herrn Tegethoff (Samtgemeinde Fürstenau)

organisieren sich die Samtgemeinden Artland und Bersenbrück seitdem eigenständig. Die diesjährige Ausschreibung wird federführend durch die Samtgemeinde Fürstenau organisiert und durchgeführt.

Im Jahr 2020 hat die Gemeinde Berge eine eigenständige Auftragsvergabe für die Splittungsmaßnahmen vorgenommen. Trotz der zeitnahen Ausschreibung und Festlegung des Umsetzungszeitraumes hat die beauftragte Firma die Arbeiten weitestgehend in Richtung Herbst verschoben. Da keine Verbesserung der Arbeitsvorgänge sowie Kostenreduzierung gegenüber einer gemeinsamen Ausschreibung erzielt werden konnte, sondern vielmehr ein vermehrter Arbeitsaufwand (Rücksprachen, Kontrollen etc.) für die Gemeinde Berge entstanden ist, wird vorgeschlagen, dass sich die beteiligt. Der Vorteil liegt darin begründet, dass die Planungsschritte sowie die Umsetzungsphasen auch fachlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleitet und begutachtet werden können, so Bürgermeister Brandt.

Der Rat beschließt einstimmig (14 Ja-Stimmen):

Die Gemeinde Berge beteiligt sich am Ausschreibungsverfahren der Samtgemeinde Fürstenau mit einem Betrag von 15.000 €.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.4)

Punkt Ö 8) Antrag auf Befreiung von den planungs- und gestaltungsrechtlichen Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Höfener Esch“ in Berge - Anbau von Lagerflächen **Vorlage: BER/004/2021**

Eine Bauherrengemeinschaft plant auf dem eigenen Grundstück im Geltungsbereich 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Höfener Esch“ in Berge den Anbau von Lagerflächen an ein vorhandenes Gebäude. Der beauftragte Architekt hat mit Antrag vom 26.02.2021 folgende Befreiungen/Abweichungen von den planungsrechtlichen und gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt:

- Befreiung von der maximal zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 / zulässige Überschreitung um 50 % (0,6) bei Hinzurechnung von Pflasterflächen und Wegen (siehe § 19 Baunutzungsverordnung - BauNVO)
- Befreiung von der maximal zulässigen Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,5
- Abweichung von der gestalterischen Festsetzung unter Punkt 1 (Dachform)

Der hier betroffene Bereich ist nach den planungs- und gestaltungsrechtlichen Festsetzungen als allgemeines Wohngebiet (WA) überplant worden. In den Vorabgesprächen wurde seitens der Gemeinde Berge auf § 68 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) verwiesen. Soll demnach eine Abweichung oder Ausnahme von Vorschriften des öffentlichen Baurechts, die auch dem Schutz von Nachbarn dienen, zugelassen oder eine Befreiung von solchen Vorschriften erteilt werden, so soll die Bauaufsichtsbehörde den betroffenen Nachbarn, soweit sie erreichbar sind, Gelegenheit zur

Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist von längstens vier Wochen geben. Auch in anderen Fällen kann die Bauaufsichtsbehörde so verfahren, wenn eine Baumaßnahme möglicherweise Belange der Nachbarn berührt, die durch Vorschriften des öffentlichen Baurechts geschützt werden. Diese Anhörung ist entbehrlich, wenn die Nachbarn schriftlich zugestimmt haben. Nach Auskunft der Bauherrengemeinschaft, so Bürgermeister Brandt, haben die notwendigen Gespräche bereits stattgefunden und die erforderlichen Zustimmungen im Rahmen der Nachbarschaftsbeteiligung sind bereits eingeholt worden.

Befreiung von der maximal zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 / zulässige Überschreitung um 50 % (0,6) bei Hinzurechnung von Pflasterflächen und Wegen:

Nach den Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Höfener Esch“ ist für den Planbereich beim Maß der baulichen Nutzung eine Grundflächenzahl (GFZ) von 0,4 festgesetzt worden. Nach Auskunft des beauftragten Architekten sind bei der Ermittlung der Grundfläche die Grundflächen von

1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14,
3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen. Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen der in Satz 1 bezeichneten Anlagen bis zu 50 vom Hundert überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8; weitere Überschreitungen in geringfügigem Ausmaß können zugelassen werden. Im Bebauungsplan können von Satz 2 abweichende Bestimmungen getroffen werden. Soweit der Bebauungsplan nichts Anderes festsetzt, kann im Einzelfall von der Einhaltung der sich aus Satz 2 ergebenden Grenzen abgesehen werden

1. bei Überschreitungen mit geringfügigen Auswirkungen auf die natürlichen Funktionen des Bodens oder
2. wenn die Einhaltung der Grenzen zu einer wesentlichen Erschwerung der zweckentsprechenden Grundstücksnutzung führen würde.

Die planungs- und gestaltungsrechtlichen Regelungen des Bebauungsplanes enthalten keine genauen Regelungen zur Abweichung. Nach der Baumaßnahme liegt die Grundflächenzahl (GFZ) bei 0,52, bei Hinzurechnung der Pflasterflächen und Zuwegungen bei 0,95. Die Oberflächenentwässerung erfolgt nicht über ein vorhandenes Kanalsystem. Vielmehr soll im Rahmen der Neugestaltung bzw. des Bauvorhabens das Oberflächenwasser über ein unterirdisches Rigolensystem aufgefangen werden, so Bürgermeister Brandt.

Befreiung von der maximal zulässigen Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,5

Nach den Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Höfener Esch“ ist beim Maß der baulichen Nutzung eine Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,4 festgesetzt. Nach der Baumaßnahme

liegt die Geschosßflächenzahl bei 0,52, was eine geringfügige Erhöhung der maximalen Geschosßflächenzahl bedeutet.

Abweichung von der gestalterischen Festsetzung (Dachform)

Nach Nr. 1 der gestalterischen Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Höfener Esch“ muss die Dachausbildung als Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdach erfolgen. Die Dachneigung muss bei eingeschossigen Gebäuden zwischen 40 und 50 Grad, bei zweigeschossigen Gebäuden zwischen 25 und 35 Grad betragen. Die festgesetzte Gradzahl der Dachneigung gilt bei Walm- und Krüppelwalmdächern nur für die längere Traufenseite. Garagen gemäß § 12 Baunutzungsverordnung (BauNVO) und Nebengebäude gemäß § 14 BauNVO können auch mit Flachdach errichtet werden.

Wie aus dem Antrag ersichtlich, wird um Zustimmung gebeten, da sich durch die Unterordnung des geplanten Anbaus der eigentliche Charakter des Gesamtgebäudes nicht ändert. Der geplante Anbau soll ein abgeschlepptes Dach in Verlängerung des Satteldaches (des vorhandenen Gebäudes) mit einer Dachneigung von 5 % erhalten und es erfolgt eine Verlängerung in nördlicher Richtung.

Nach § 31 Absatz 2 BauGB kann von den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit, einschließlich des Bedarfs zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden, die Befreiung erfordern oder
2. die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
3. die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigenden Härte führen würde

und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Der Rat beschließt einstimmig (14 Ja-Stimmen):

Dem Antrag der Bauherrengemeinschaft auf

- Befreiung von der maximal zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 / zulässige Überschreitung um 50 % (0,6) bei Hinzurechnung von Pflasterflächen und Wegen,
- Befreiung von der maximal zulässigen Geschosßflächenzahl (GFZ) von 0,5 ,
- Abweichung von der gestalterischen Festsetzung unter Punkt 1 (Dachform)

wird zugestimmt.

Punkt Ö 9) Aufstellung der Außenbereichssatzung "Grafeld - Orthauser Straße" in Berge,
Gemeindeteil Grafeld
Vorlage: BER/006/2021

Das Gebiet an der „Orthauser Straße“ in Berge, Gemeindeteil Grafeld weist die Besonderheit einer so genannten „Splittersiedlung“ auf. Da kein Bebauungsplan besteht, war bei vorangegangenen (Wohn-)Bauantragsverfahren bauplanungsrechtlich von Bedeutung, ob dieses Gebiet rechtlich als Außenbereich (§ 35 BauGB) oder als im Zusammenhang bebauter Ortsteil (§ 34 BauGB) zu bewerten ist.

Im Bereich des § 35 BauGB sind nur privilegierte Bauvorhaben zulässig, was in der Regel nur landwirtschaftliche Bauvorhaben beinhaltet. Nach § 34 BauGB sind innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile Vorhaben zulässig, wenn sie sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen und die Erschließung gesichert ist. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

In diesem Bereich ist jedoch die besondere Lage und Unterschiedlichkeit der Bebauung zu berücksichtigen. Hierbei handelt es sich um eine gewachsene Ansiedlung von landwirtschaftlichen Betrieben und Wohnhäusern, die in den Jahren umgebaut, erneuert, erweitert oder ergänzt worden sind. Durch eben diese lückenlose und eingeteilte „Vermischung“ der einzelnen Einheiten entsteht der Eindruck, dass es sich hier um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil handelt. Die Gemeinde Berge mit Ratsbeschluss vom 15.05.2012 auch eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass es sich nach hiesiger Auffassung um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil nach § 34 BauGB handelt.

Die Situation der ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe ist dergestalt, dass nur noch ein landwirtschaftlicher Betrieb wirtschaftlich aktiv ist und Tiere hält. Weitere Betriebe und deren Stallungen waren zunächst verpachtet und sind im Rahmen der Bauleitplanung zum Bebauungsplan Grafeld Nr. 6 „Erweiterung Baugebiet Holthöchte (Plaggenesch)“ aufgegeben worden bzw. haben ihre Betriebsaufgabe gegenüber dem Landkreis Osnabrück erklärt, so Bürgermeister Brandt.

Allerdings gibt es nunmehr nach Auffassung des Landkreises Osnabrück (als Bauaufsichtsbehörde) für den Bereich der „Orthauser Straße“ eine (baurechtlich) nachteilige Beurteilung. Es wird der Standpunkt vertreten, dass es sich bei diesem Gebiet nicht um einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil handelt, sondern nach den derzeit rechtlichen Bestimmungen um einen Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB, wobei demzufolge nur privilegierte Bauvorhaben möglich sind.

Insgesamt bedürfen die zukünftigen Entwicklungen einer planungsrechtlichen Sicherheit bzw. sollen mit der Erstellung einer Außenbereichssatzung im planungs- und baurechtlichen Aspekt zusammengefasst und strukturiert dargestellt werden. Hierbei werden dann unbebaute Grundstücksflächen mit aufgenommen, die dann gegebenenfalls im Rahmen einer zukünftigen Bebauung auch nutzbar gemacht werden können.

Für bebaute Bereiche (z. B. Splittersiedlungen) im Außenbereich, die nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sind und in denen eine

Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist, kann die Gemeinde gemäß § 35 Absatz 6 BauGB bestimmen, dass Wohnzwecken dienende Vorhaben (innerhalb der Siedlung) unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind. Der Gesetzestext hierzu lautet wie folgt:

Die Gemeinde kann für bebaute Bereiche im Außenbereich, die nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sind und in denen eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist, durch Satzung bestimmen, dass Wohnzwecken dienenden Vorhaben im Sinne des Absatzes 2 nicht entgegengehalten werden kann, dass sie einer Darstellung im Flächennutzungsplan über Flächen für die Landwirtschaft oder Wald widersprechen oder die Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung befürchten lassen. Die Satzung kann auch auf Vorhaben erstreckt werden, die kleineren Handwerks- und Gewerbebetrieben dienen. In der Satzung können nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit getroffen werden. Voraussetzung für die Aufstellung der Satzung ist, dass

1. sie mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar ist,
2. die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, nicht begründet wird und
3. keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Absatz 6 Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter oder dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Bei Aufstellung der Satzung sind die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 13 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 entsprechend.

Dem Grunde nach, so Bürgermeister Brandt, ist es bedauerlich, dass für die weitere Antragstellung nunmehr diese Außenbereichssatzung aufgestellt werden muss. Im Rahmen der Vorgespräche mit dem Landkreis Osnabrück als Bauaufsichtsbehörde wurde mitgeteilt, dass die vorhandenen Bestandsgebäude (Schweinegestall) zur Wohnnutzung umgebaut werden können, das Erscheinungsbild dem Grunde nach allerdings nicht verändert werden dürfe.

Während Satzungen gemäß § 34 Absatz 4 BauGB Baurechte im Sinne des § 34 Absatz 1 BauGB begründen bzw. klarstellen, begünstigt die Satzung nach § 35 Absatz 6 BauGB lediglich Vorhaben, die weiterhin nach § 35 Absatz 2 zu beurteilen sind. Damit ändert die Satzung nichts an der Zuordnung zum Außenbereich, sondern modifiziert lediglich die Zulässigkeitsvoraussetzungen „sonstiger“ Vorhaben. Die Außenbereichssatzung schafft in der Form kein Baurecht, sondern entschärft die Tatbestände einer Splittersiedlung bzw. das diese verfestigt wird, so Bürgermeister Brandt.

Ratsherr Gappel äußert sein Unverständnis darüber, dass zwar ein Schweinegestallgebäude umgebaut werden kann, dieses allerdings nicht abgerissen und am selbigen Standort beispielsweise ein Wohngebäude errichtet wird. Es wäre doch förderlich, wenn man dem

Grundstückseigentümer hier auch gesetzlich entgegenkommen würde.

Beigeordneter Hömme kann die Argumentationen nicht teilen und ergänzt, dass diese Außenbereichssatzung nicht dem Allgemeinwohl diene, sondern eher dem Einzelfall zugutekommt. Wenn man bereits die baurechtlichen Möglichkeiten (Altenteiler, Ersatzbau etc.) genutzt habe, so seien diese eben ausgeschöpft. Für die Aufstellung gäbe es keinen erkennbaren Handlungsbedarf. Ferner komme die Gemeinde Berge auch für die Kosten von ca. 6.500 € auf, wobei keine Erstattung erfolge und man diese Mittel auch besser zweckentsprechend anderweitig nutzen könnte.

Ein Einwohner bittet um Mitteilung, ob die Außenbereichssatzung durch den Landkreis Osnabrück aufgestellt oder ob diese Außenbereichssatzung eingefordert hätte. Bürgermeister Brandt teilt mit, dass die Beschlussfassung zur Außenbereichssatzung nur der Gemeinde Berge im Rahmen der Planungshoheit obliege.

Der Rat beschließt mehrheitlich (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung):

Der Rat der Gemeinde Berge beschließt für die im Vorentwurf (Lageplan) dargestellten Flächen gemäß § 35 Absatz 6 Baugesetzbuch (BauGB) die Außenbereichssatzung „Grafeld – Orthauser Straße“ in Berge, Gemeindeteil Grafeld aufzustellen.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.9)

Punkt Ö 10) Grunderwerb der Gemeinde Berge im Jahr 2020 - Überplanmäßige Ausgabe
Vorlage: BER/002/2021

Die Gemeinde Berge hat im Haushaltsplan 2020 eine Pauschale für den Erwerb von Grundstücken in Höhe von 230.000 € eingeplant (IBE-111-01). Zu diesem Haushaltsansatz kommt noch ein Haushaltsrest aus dem Jahr 2019 in Höhe von 157.036,07 €. Außerdem ist bei dieser Investitionsnummer noch ein Betrag i.H.v. 10.000,00 € für Sonstiges eingeplant worden, so dass insgesamt ein Betrag in Höhe von 397.036,07 € zur Verfügung steht. Die Auszahlungen für Grunderwerb belaufen sich im Haushaltsjahr 2020 jedoch auf 644.144,87 €. Damit fallen überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 247.108,80 € an.

Da diese Auszahlungen für den Erwerb von künftigen Baugrundstücken entstanden sind, ist mit entsprechenden (zukünftigen) Einnahmen durch den Verkauf zu rechnen, so Bürgermeister Brandt.

Der Rat beschließt einstimmig (14 Ja-Stimmen):

Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 247.108,80 € für den Grunderwerb wird genehmigt.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.9)

Punkt Ö 11) Haushaltsplanung und Haushaltssatzung 2021, sowie Investitionsprogramm
2020-2024
Vorlage: BER/005/2021

Im Rahmen einer Präsentation gibt Bürgermeister Brandt Erläuterungen zum Haushaltsplan und den geplanten Investitionen.

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2021, sowie das Investitionsprogramm wurden in der digitalen Haushaltssitzung des Gemeinderates am 06.02.2021 vorgestellt und erläutert. Hierbei wurde vereinbart, dass für die Beseitigung von Straßenschäden im Bereich „Hoher Esch“ in Berge der Kostenansatz mit 70.000 € berücksichtigt werden sollte, um die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen mit vorzunehmen. Damit ergibt sich für das Jahr 2021 ein Fehlbetrag i. H. v. 56.600 €, der durch Überschüsse in den beiden Folgejahren und durch Rückgriff auf die Rücklagen gedeckt ist, so Bürgermeister Brandt.

Ein großer Teil des Haushaltsvolumens sei für die Zahlung der Kreis- und Samtgemeindeumlagen (Transferleistungen) sowie für Bauhofleistungen vorgesehen, so dass insgesamt nur ein Betrag von ca. 500.000 € für die Aufgabenwahrnehmung der Gemeinde Berge verbleibe. Dieses Geld stehe aber so auch nicht frei zur Verfügung, da hiervon beispielsweise die Straßenbeleuchtung bezahlt werden müsse. Wirklich große Investitionen seien so in der Form überhaupt nicht möglich. Unabhängig von der derzeitigen Haushaltslage werde man nicht darumkommen, einen Kredit von bis zu 313.000 € aufzunehmen, um die erläuterten Projekte durchführen zu können. Für die Verlegung des Sportplatzes sind insgesamt 50.000 € eingeplant, wobei 60.000 € aus dem Vorjahr noch zur Verfügung stehe, so Bürgermeister Brandt.

Beigeordneter Moormann bedankt sich für das dargebrachte Zahlenwerk und ergänzt, dass sich die Gemeinde Berge trotzdem zu einer attraktiven Kommune entwickelt habe. Man kann mit den vorhandenen (finanziellen) Mitteln einfach nicht mehr machen.

Beigeordneter Hömme ergänzt, dass der Haushalt solide und sauber aufgestellt worden ist. Mehr könne man tatsächlich nicht daraus machen, wobei die hohen Transferaufwendungen (Samtgemeinde- und Kreisumlage) immer ein Gesprächsthema sind und bleiben. Einerseits habe die Gemeinde Berge diese Transferaufwendungen zu leisten, aber kein Mitspracherecht bei Investitionen von Seiten der Samtgemeinde Fürstenau.

Bürgermeister Brandt ergänzt in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinde Berge ihre Aufgabenwahrnehmung natürlich hier vor Ort regeln und gegebenenfalls Zuschüsse genauer abgesprochen bzw. geplant werden müssten. Insgesamt sei es sicherlich schade, dass die Gemeinde Berge nicht öfters von den Entscheidungen partizipiert habe.

Die Mitglieder des Rates sind sich einig, dass man den vorhandenen finanziellen Rahmen gut ausnutze.

Der Rat beschließt einstimmig (14 Ja-Stimmen):

a) Die Haushaltssatzung der Gemeinde Berge für das Haushaltsjahr 2021 mit dem ihr zugrunde liegenden Haushaltsplan nebst Anlagen, die

in § 1

1. im **Ergebnishaushalt**

1.1 die ordentlichen Erträge auf

3.123.600 €

1.2. die ordentlichen Aufwendungen auf	3.180.200 €
1.3 die außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4 die außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5 Jahresergebnis	-56.600 €

2. im Finanzhaushalt

2.1 die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.949.800 €
2.2 die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.040.400 €
2.3 die Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	88.000 €
2.4 die Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	401.000 €
2.5 die Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	313.000 €
2.6 die Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	59.100 €
2.7 Finanzierungsmittelbestand	-149.700 €

festsetzt,

Nachrichtlich:

- Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	3.350.800 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	3.500.500 €

in § 2

den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) auf 313.000 € festsetzt,

in § 3

Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt,

in § 4

den Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2021 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf 480.000 € festsetzt,

in § 5

die Steuersätze für die Realsteuern für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festsetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	360 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	360 v.H.
2. Gewerbesteuer	360 v.H.

in § 6

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG als unerheblich gelten lässt, wenn sie 10.000 € nicht übersteigen,

in § 7

die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 Abs. 1 KomHKVO auf 200.000 € festlegt,

wird genehmigt und als Satzung beschlossen.

b) Das Investitionsprogramm der Gemeinde Berge für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024 wird beschlossen.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.12)

Punkt Ö 12) Behandlung von Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.12)

Punkt Ö 13) Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.12)

Punkt Ö 14) Schließung der öffentlichen Sitzung

Bürgermeister Brandt bedankt sich bei den erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörern sowie Herrn Ackmann von der Presse für die Aufmerksamkeit und schließt um 20:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

(Be/BeR/01/2021 vom 17.03.2021, S.12)

Der Bürgermeister

gez. Brandt

Der Protokollführer

gez. Mehmman